Die Gewerkschaft.

Organ für die
Interessen der in Gemeindebetrieben beschäftigten Arbeiter und Unterangestellten.
Publikations-Organ
des Verbandes der in Gemeindebetrieben beschäftigten Arbeiter und Unterangestellten.

Erscheint am 7. u. 22. jeden Monats. Bezugspreis 80 Pfg. pro Vierteljahr. Einzelnummer 15 Pfg.

Verantwortlicher Redakteur und Verleger: **Bruno Poersch,** Berlin W. 30, Gleditschstraße 49.

Inserate, die 2 gespaltene Petit-Zeile 30 Pf. Versammlungs- u. Vereinsanzeigen 15 Pf. Bei Wiederholung Ermäßigung.

Nr. 10. | **Berlin, 22. Mai 1899.** | **3. Jahrg.**

Der dritte Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands und seine Beschlüsse.

Vom 8.—13. Mai tagte in Frankfurt a. M. der 3. Kongreß der Gewerkschaftsorganisationen Deutschlands.

Wir können selbstverständlich hier nur die wichtigsten Vorgänge und Beschlüsse desselben bringen und verweisen diejenigen, welche ausführlich über die Verhandlungen unterrichtet sein wollen, auf das demnächst erscheinende stenographische Protokoll.

Auf dem Kongreß waren 130 Delegirte anwesend, die annähernd 1½ Millionen organisirte Arbeiter vertraten. Von Seiten unserer Organisation war Poersch entsandt worden. Sein Mandat wurde, obgleich wir bisher noch nicht der Generalkommission angeschlossen sind — dasselbe wird voraussichtlich bald geschehen — von der Mandatsprüfungskommission anerkannt.

Die Tagesordnung des Kongresses lautete:

1. Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten.
2. Rechenschaftsbericht der General-Kommission. Berichterstatter: C. Legien-Hamburg. Berathung der Anträge betreffend:
   a) Agitation.
   b) Erweiterung der Thätigkeit der Generalkommission. Berichterstatter: A. Bringmann-Hamburg.
   c) Streikunterstützung und Streikstatistik.
   d) Korrespondenzblatt.
3. Das Koalitionsrecht der deutschen Arbeiter. Referent: C. Legien-Hamburg.
4. Die Gewerbeinspektion. Referent: Dr. M. Quarck-Frankfurt.
   a) Bauinspektion. Referent: F. Päplow-Hamburg.
   b) Bergwerkinspektion. Referent: O. Hué-Essen.
   c) Hafeninspektion. Referent: J. Döring-Hamburg.
   d) Inspektion in Hausindustrie und Kleingewerbe. Referentin: Frau W. Köhler-Wandsbeck.
5. Tarife und Tarifgemeinschaften im gewerkschaftlichen Kampfe. Referent: E. Döblin-Berlin.
6. Die Arbeitsvermittelung. Referent: Th. Leipart-Stuttgart; Korreferent: H. Poetzsch-Berlin.
7. Arbeitersekretariate. Referent: M. Segitz-Nürnberg.
8. Die Stellung der Gewerkschaftskartelle in der Gewerkschaftsorganisation Deutschlands. Referent: H. Stühmer-Hamburg.
9. Berathung der nicht unter den vorstehenden Punkten erledigten Anträge.

Nachdem die geschäftlichen Angelegenheiten erledigt und einige Aenderungen in der Tagesordnung vorgenommen waren, erstattete der Vorsitzende der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands C. Legien den Rechenschaftsbericht der genannten Körperschaft. Derselbe umfaßt die Zeit vom 1. April 1896 bis zum 31. März 1899.

Wir müssen es leider unterlassen, hier auf den Bericht einzugehen, werden aber in einer der nächsten Nummern auf denselben zurückkommen.

In der Diskussion über den erstatteten Rechenschaftsbericht erklären sich fast alle Redner mit der Thätigkeit der Generalkommission einverstanden. Es wird der Generalkommission einstimmig Entlastung ertheilt und darauf das Weiterbestehen der Generalkommission beschlossen.

Die Anträge, welche die bisherige Thätigkeit der Generalkommission erweitert wissen wollen, rufen längere Diskussionen hervor. Man setzt eine 7gliedrige Kommission zur Ausarbeitung eines Entwurfs ein. Nachdem diese Kommission ihre Arbeiten beendet hat, werden der Generalkommission folgende neue Aufgaben, die sie bisher nicht besaß, zu ihren alten noch zugewiesen:

„Pflege der internationalen Beziehungen zu den Gewerkschaften anderer Länder, sowie Sammlung und Nutzbarmachung des über Entstehung und Entwickelung dieser Beziehungen der einzelnen Gewerkschaften vorhandenen Materials.

Soweit die der Generalkommission zur Verfügung stehenden Mittel hierzu ausreichen und die Gewinnung geeigneter Personen hierfür möglich:

a) Sammlung und Nutzbarmachung des in den amtlichen Publikationen des Reiches, der Einzelstaaten und Gemeinden (als Statistik des Deutschen Reiches, Jahresberichte der Fabrikinspektoren, der statistischen Landes- und städtischen Aemter ꝛc.), ferner in den Berichten der Handels- und Gewerbekammern, der Versicherungsbehörden, Krankenkassen ꝛc., sowie in Zeitschriften und sonstigen Druckwerken sich immer mehr anhäufenden Agitationsmaterials speziell für die Gewerkschaftsbewegung.

b) Erweiterung des „Korrespondenzblattes", so daß dasselbe eine regelmäßige Uebersicht über alle Vorgänge in den deutschen wie auch ausländischen Gewerkschaften, über die Streikbewegung, über die innere Einrichtung und Verwaltung der verschiedenen Organisationen, über wichtigere Diskussionen in den Fachblättern, besondere Eigenthümlichkeiten einzelner Berufe und deren Einwirkung auf die Organisation, Auszüge aus den regelmäßigen Abrechnungen der einzelnen Verbände, Berichte über die Geschäftslage, über die Unternehmer-Organisationen, über wichtige Prozesse ꝛc., sowie auch das nach der Aufgabe unter a) bearbeitetete Material enthält.

c) Herausgabe eines Jahresberichtes der Generalkommission, welcher als Handbuch für alle wichtigeren Vorkommnisse im Gewerkschaftsleben von den Gewerkschaftsbeamten, Redakteuren, Rednern, wie von allen Mitgliedern und sonstigen Interessenten benutzt werden kann. In dem Jahresberichte sind die jährlichen statistischen Ausweise über die Zahl und Stärke der deutschen Gewerkschaften und deren Einnahmen und Ausgaben nebst der Streikstatistik zu veröffentlichen.

d) die Aufklärung der Arbeiter durch geeignete Publikationen über die Bedeutung der staatlichen Arbeiterversicherung und die Wahl der Arbeiter-Vertreter zu den hier in Betracht kommenden Körperschaften; ferner: Leitung aller diesbezüglichen Wahlen, welche die Einwirkung von einer Zentralstelle aus erfordern."

Ihre alten Aufgaben in betreff der Agitation, Zusammenstellung von Statistiken, Herausgabe des „Korrespondenzblattes", Einberufung des Gewerkschafts-Kongresses ꝛc. hat die Generalkommission auch zukünftig zu erledigen.

Betreffs des 3. Punktes der Tagesordnung des Kongresses „Das Koalitionsrecht der deutschen Arbeiter" wird nach einem

vorzüglichen Vortrage Legien's folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Der Gewerkschaftskongreß erklärt:

Da der Arbeitsvertrag heute kein individueller mehr ist, sondern in Folge der Beschäftigung größerer Massen von Arbeitern durch einen Unternehmer ein korporativer sein muß, so ist es ein Erforderniß der natürlichen Gerechtigkeit, daß den Arbeitern die Freiheit der Vereinigung zum Abschluß eines gemeinsam vereinbarten Arbeitsvertrages gegeben wird.

Die Vorenthaltung dieses Rechtes der Vereinigung ist der offenkundige Ausdruck dafür, daß die gesetzgebenden Faktoren eines Staates beabsichtigen, das Unternehmerthum zu bevorzugen und die Arbeiterschaft zu hindern, durch korporativen Abschluß des Arbeitsvertrages die möglichst günstigen Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erlangen.

Es genügt aber nicht, daß das Koalitionsrecht in der Gesetzgebung anerkannt wird, sondern es müssen alle Gesetzesbestimmungen, die der Ausnützung dieses gesetzlich anerkannten Rechtes entgegenstehen, beseitigt werden.

In Deutschland (mit Ausnahme weniger Bundesstaaten) führt die Unterstellung der gewerkschaftlichen Organisationen unter die, eine Beschränkung des Vereins- und Versammlungsrechtes bezweckenden Vereinsgesetze dazu, daß die Ausübung des im § 152 der Gewerbeordnung garantirten Koalitionsrechtes von dem guten oder schlechten Willen der Polizeibehörden abhängig ist. Diese handeln aber keineswegs nach einheitlichen gerechten Grundsätzen, sondern lassen es zu, daß die Unternehmerorganisationen ungehindert und ungestraft die vereinsgesetzlichen Bestimmungen übertreten können, während den Arbeiterorganisationen durch fortgesetzte Eingriffe der Behörden die Ausübung ihrer Thätigkeit nicht nur erschwert, sondern vielfach nahezu unmöglich gemacht wird.

Die neuerdings gegen die Gewerkschaften geplante Ausnahmegesetzgebung, die angeblich dem Schutze der sogen. Arbeitswilligen dienen soll, muß als ein neuer Versuch, eine Beschränkung des Koalitionsrechtes herbeizuführen, angesehen werden, weil dadurch, daß von 1892 bis 1898 von je 1000 Streikenden nur 3,3 wegen Vergehen bei Streiks bestraft worden sind, während durchschnittlich in Deutschland auf 1000 strafmündige Personen 10,3 Bestrafte kommen, ausreichend erwiesen wird, daß eine solche Gesetzgebung nicht nothwendig ist.

Die in dem Gewerkschaftskongreß vereinigten Vertreter der gewerkschaftlichen Zentralverbände erklären, daß sie in ihrer zum Theil langjährigen Praxis im Gewerkschaftsleben die Erfahrung gemacht haben, daß die Verantwortung für das Ausbrechen eines Streiks in den meisten Fällen die Unternehmer trifft.

Die in den Gewerkschaftsverbänden organisirten Arbeiter und Arbeiterinnen haben in allen Fällen eine friedliche Vereinbarung über die Lohn- und Arbeitsbedingungen mit den Unternehmern herbeizuführen gesucht, ehe sie zum Streik griffen oder zur Arbeitseinstellung aufforderten.

Die Unternehmer haben, mit wenig Ausnahmen, ganz im Sinne der im deutschen Staatsleben vorherrschenden Tendenz, es rücksichtslos zurückgewiesen, die Organisationen der Arbeiter als berechtigten Faktor bei der Festsetzung der Arbeitsbedingungen anzuerkennen, jede friedliche Verständigung zwischen Unternehmer und Arbeiter verhindert und dadurch die Arbeiter zum Streik angereizt.

Der Gewerkschaftskongreß erklärt, von dieser, aus der Erfahrung gewonnenen Erkenntniß ausgehend, daß eine Verschärfung der auf die Streiks Bezug habenden, gegen die Arbeiter gerichteten Strafbestimmungen, besonders die in Aussicht genommene Bestrafung der Arbeiter, welche zu einem Streik anreizen, gleichbedeutend ist mit einer völligen Aufhebung der durch § 152 der G.-O. gewährten Koalitionsfreiheit, die durch schärfste Auslegung der Strafbestimmungen des § 153 der G.-O. seitens der Gerichte, durch Anwendung der Vereinsgesetzgebung auf die Gewerkschaften und durch die heute übliche Polizeipraxis ohnehin auf ein äußerst geringes Maß herabgedrückt ist.

Der Gewerkschaftskongreß protestirt energisch gegen den Gedanken, daß zumeist von der Verzweiflung über ihre Nothlage getriebene, für sich und ihre Familien um eine bessere Existenz ringende Arbeiter, welche zum letzten ihnen zur Verfügung stehenden Mittel, der Arbeitseinstellung, greifen und ihre Arbeitsgenossen zu gleichem Thun auffordern, dem Verbrecher gleich geachtet und mit Zuchthausstrafe bedroht werden sollen."

Betreffs des 4. Punktes, „Die Gewerbeinspektion", faßt man folgenden von Dr. Quark gestellten Beschluß:

„Der dritte Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands erklärt:

Jede Gewerbeinspektion, die wirksam sein will, ist durchaus auf die Arbeiterschaft bei der Kontrole der Arbeiterschutzgesetze sowohl, als bei der Berichterstattung über die wirthschaftliche Lage der Arbeiterbevölkerung angewiesen; ohne diese Unterstützung, welche am zweckmäßigsten durch die Arbeiterorganisationen erfolgt, vermag die Gewerbeinspektion selbst im günstigsten Falle nur halbe Arbeit zu leisten.

Nun wird es aber den deutschen Arbeitern und Arbeiterinnen außerordentlich erschwert, einen für beide Theile nützlichen Verkehr mit den deutschen Gewerbeinspektoren zu unterhalten. Die Hindernisse für diesen Verkehr bestehen, außer in der materiellen und moralischen Abhängigkeit des einzelnen Arbeiters vom Kapitalisten, in der den Arbeiterorganisationen feindlichen inneren deutschen Politik, in der bunscheckigen Regelung der deutschen Gewerbeaufsicht durch 26 verschiedene Bundesstaaten, in der wenig sachentsprechenden Vorbildung vieler Inspektoren, ferner in den gesellschaftlichen Vorurtheilen, der vielfachen Ueberlastung und dem häufigen Wechsel der unteren Aufsichtsbeamten im größten deutschen Bundesstaate, endlich in dem Fehlen der weiblichen Gewerbeinspektion in den meisten deutschen Staaten.

Dennoch fordert der Kongreß alle Arbeiter und Arbeiterinnen auf, vor Allem die organisirten, so regen Verkehr wie nur irgend möglich mit den Gewerbeinspektoren anzustreben und empfiehlt hierzu folgende Wege:

1. Bildung von Beschwerdekommissionen (mit besonderer Hinzuziehung weiblicher Vertrauenspersonen), wo solche noch nicht bestehen, im Anschluß an die Gewerkschaftskartelle und lebhafter persönlicher Verkehr der Vorsitzenden dieser Kommissionen mit den Aufsichtsbeamten, wobei im Interesse der Arbeitersache die mancherlei Eigenthümlichkeiten jener Beamten in den Kauf zu nehmen sind;
2. lebhafte Benutzung dieser Kommissionen durch die Arbeiter und Arbeiterinnen, welche bei Uebermittelung von Anzeigen und Beschwerden an diese Körperschaften weniger Maßregelungen zu befürchten haben, als bei direktem Verkehr mit dem Inspektor, welche aber auch bei der Besichtigung der Fabriken durch die Beamten selbst mehr Energie und Unerschrockenheit dadurch beweisen müssen, daß sie die Beamten an Ort und Stelle auf Mißstände aufmerksam machen;
3. regelmäßiger Verkehr der Zentralverbände, örtlichen Zahlstellen, Kartelle, Arbeitersekretariate und Krankenkassen mit den Inspektoren nach württemberger Muster, und namentlich regelmäßige Uebermittelung von Material über die Lebenslage der Arbeiter durch jene Organe an die Zentralstellen und örtlichen Beamten der Gewerbeinspektion für deren Jahresberichte über die wirthschaftlichen Verhältnisse der Arbeiterbevölkerung.

Der Kongreß verhehlt sich allerdings nicht, daß eine einigermaßen befriedigende Verbindung der Arbeiter mit der Gewerbeinspektion und die wirkliche Nutzbarmachung der staatlichen Aufsicht für die Arbeiterschaft erst möglich werden wird durch weitgehende Reformen der Gewerbeinspektion selbst, nämlich durch Ausdehnung derselben auf Handwerk, sowie Klein- und Hausindustrie, Handel, Transport und Verkehr, Zentralisirung in eine Reichsinspektion, Vermehrung der Beamten durch Gehilfen und Gehilfinnen aus Arbeiter- und Angestelltenkreisen, sowie Ausstattung der Beamten mit Vollzugsrecht und voller Unabhängigkeit.

Deswegen fordert der Kongreß alle Arbeiter und Arbeitervertreter auf, mit aller Energie dahin zu wirken, daß diese Reformen, durch welche die Gewerbe-Inspektion erst wirklich nutzbringend für die Arbeiterschaft gestaltet wird, zur Durchführung gelangen.

Aber auch so lange diese Reformen nicht erreicht sind, sollen Arbeiter und Arbeiterinnen unablässig in den oben angegebenen drei Richtungen thätig sein, damit Gesetzgebung und Verwaltung desto früher zu Verbesserungen gedrängt werden."

Betreffs des 5. Punktes der Tagesordnung „Tarife und Tarifgemeinschaften im gewerkschaftlichen Kampfe" wurde folgender von Döblin gestellter Antrag gegen fünf Stimmen angenommen:

„Tarifliche Vereinbarungen, welche die Lohn- und Arbeitsbedingungen für eine bestimmte Zeit regeln, sind als Beweis der Anerkennung der Gleichberechtigung der Arbeiter seitens der Unternehmer bei Festsetzung der Arbeitsbedingungen zu erachten und in den Berufen erstrebenswerth, in welchen sowohl eine starke Organisation der Unternehmer, wie auch der Arbeiter vorhanden ist, welche eine Gewähr für Aufrechterhaltung und Durchführung des Vereinbarten bieten.

Dauer und Umfang der jeweiligen Vereinbarungen lassen sich nicht schematisiren, sondern hängen von den Eigenarten des betreffenden Berufes ab."

Der 6. Punkt der Tagesordnung „Die Arbeitsvermittelung" ruft lange Erörterungen hervor. Man kommt zu dem Resultat, daß die Arbeitsvermittelung grundsätzlich den Arbeiterorganisationen gehöre; jedoch können unter den Verhältnissen an manchen Orten die kommunalen Arbeitsvermittelungen von Vortheil sein.

Die Frage der Arbeitersekretariate erledigte der Kongreß durch Annahme folgender Resolution:

„Der Gewerkschaftskongreß erblickt in den Arbeitersekretariaten einen bedeutsamen Fortschritt der Arbeiterorganisationen und spricht diesen Einrichtungen seine volle Sympathie aus. Gleichwohl warnt der Kongreß vor Ueberstürzung bei Gründung von Arbeitersekretariaten und empfiehlt den örtlichen Gewerkschaftskartellen, Arbeitersekretariate erst dann zu errichten, wenn die finanzielle Grundlage für diese immerhin kostspieligen Organisationen gesichert erscheint. Der Gewerkschaftskongreß hält es für erforderlich, daß die Arbeitersekretariate engste Fühlung mit den Gewerkschaftsorganisationen unterhalten und darauf in den Arbeitsplänen Rücksicht nehmen. Soweit den Arbeitersekretariaten eine eigene publizistische Vertretung wünschenswerth erscheint, steht den Sekretären bezw. Verwaltungen der Arbeitersekretariate das „Korrespondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands" zur Verfügung."

Außerdem wurde die Generalkommission beauftragt, in großindustriellen Bezirken die Gründung von Arbeitersekretariaten zu unterstützen, wenn die nöthigen Vorbedingungen dazu vorhanden sind.

Die Frage der Gewerkschaftskartelle ruft gleichfalls längere Diskussionen hervor. Man kommt zu dem Resultat, daß die Beschlußfassung über Streiks ausschließlich Sache der Zentral-Vorstände der Verbände sei. Die Gewerkschaftskartelle hätten für die örtliche Agitation, Ueberwachung der Arbeiterschutzgesetzgebung, Gewerbegerichtswahlen ꝛc Sorge zu tragen. Die Vertretung der Gewerkschaftskartelle auf dem Gewerkschaftskongreß wird abgelehnt.

Dann beschäftigte der Kongreß sich noch mit der Frage der Gewerkschaftsbeamten und deren Sicherstellung bei Alter und Invalidität. Es wurde folgende bezügliche Resolution angenommen:

„Der dritte Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands erachtet es als eine unabweisbare Pflicht der Gewerkschaften, ihren Beamten und Redakteuren ein deren wichtiger und aufreibender Thätigkeit entsprechendes anständiges und ausreichendes Gehalt zu zahlen, und zwar um so mehr, als die Arbeit der Gewerkschaftsbeamten weder nach Zeit noch Umfang abzugrenzen ist. Der Kongreß enthält sich zwar bestimmter Vorschläge, in welcher Höhe oder progressiver Steigerung die Gehaltsfestsetzung sich zu bewegen hat, ist aber der Ueberzeugung, daß die heute den Gewerkschaftsbeamten gezahlten Gehälter zu niedrig bemessen sind. Als vornehmste Pflicht ist aber den Gewerkschaften aufzugeben, ihre nach langen Jahren im direkten Dienste der Organisationen aufgearbeiteten oder invalid gewordenen Arbeiter vor der äußersten Noth zu schützen, und zwar dergestalt, daß jenen Beamten eine entsprechende Pension gezahlt wird. Der Kongreß verhehlt sich die Schwierigkeiten nicht, welche in dieser Frage einer allseitig befriedigenden Lösung entgegenstehen, aber ihre Dringlichkeit bleibt bestehen. Im Prinzip gelten die vorstehenden grundsätzlichen Forderungen auch für die noch in ihrem Berufe thätigen Gewerkschaftsbeamten."

Ferner wurde noch ein Antrag angenommen, der besagt, daß die Generalkommission in nächster Zeit eine Zusammenkunft derjenigen Organisationsvorstände zu veranstalten hat, die betreffs ihres Agitationsgebietes in gegenseitigen Differenzen liegen.

Das sind die hauptsächlichsten Beschlüsse des Kongresses.

Mit großer Befriedigung kann man auf den Verlauf des Kongresses zurückblicken. Die deutsche Gewerkschaftsbewegung hat sich in den letzten Jahren nicht nur erheblich in die Breite ausgedehnt, sondern auch ganz gewaltig in die Tiefe. Fragen, die in früheren Jahren erregte Diskussionen hervorgerufen haben würden, erledigte man in ruhiger sachlicher Weise. Nicht Phrasen wurden gedroschen, wie dies leider nur zu oft früher geschah, sondern nüchterne praktische Arbeit leistete man. Mit vollem Recht wurde von einzelnen Rednern, ohne auf Widerspruch zu stoßen, gegen unbesonnene Streiks vorgegangen. Weitere Aufgaben theilte man der Generalkommission und so indirekt der ganzen Gewerkschaftsbewegung zu; bisher unbeackerte Gebiete von großer Bedeutung für die arbeitende Bevölkerung sollen umgepflügt und bestellt werden.

Nicht umsonst hat der Kongreß getagt. Er wird einer der merkwürdigsten Denksteine in der Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung sein. Noch viel Arbeit ist zu leisten. Solche Kongresse geben nur die Bahnen an, in denen wir zukünftig uns zu bewegen haben. Um die gestellten Ziele zu erreichen, muß jedes Gewerkschaftsmitglied mitschaffen. Nur dann können die Hoffnungen und Wünsche erfüllt werden. Und darum

Vorwärts!

Verbandstheil.

Bekanntmachung.

Der Verbands-Vorstand hat Extrasteuer-Marken à 5 und 10 Pf. anfertigen lassen. Diejenigen Filialen, welche Extrasteuern erheben, können die Marken zum Selbstkostenpreis beziehen. 1000 Stück kosten 1 Mk.

Außerdem sind Beitragsmarken für weibliche Mitglieder angeschafft. Filialen, welche solche brauchen, wollen uns davon Mittheilung machen.

Bei der Hauptkasse liefen folgende Gelder ein: Friedrichshagen 26,— Mk, Rixdorf 5,85 Mk.

Für den Verbands-Vorstand:
Br. Poersch.

Korrespondenzen.

Berlin. Die Vieh- und Schlachthof-Arbeiter hielten am 2 Mai ihre regelmäßige Versammlung ab, um zunächst die Wahl des Vorstandes zu vollziehen. Ueber den nächsten Punkt der Tagesordnung: die Mißstände auf dem städtischen Viehhof, entwickelte sich eine lebhafte Debatte. Zunächst wurde das Verbot der Verwaltung, welches den Arbeitern untersagt sich Bier von außerhalb des Viehhofes herein bringen zu lassen, abfällig besprochen. Hervorgehoben wurde, daß die Zeit zu kurz ist, um während der Frückstücks-, Mittags- und Vesperpause hinauszugehen. Das Brunnenwasser sei nicht trinkbar und das Flaschenbier von der Viehhofs-Restauration behagt vielen nicht. Ferner wurde es gerügt, daß sich die Verwaltung immer noch nicht gemüßigt gesehen hat, irgend welche Vorkehrungen zum Schutze der Arbeiter bei der Desinfektion zu treffen. Fast bei jeder größeren Desinfektion passirt es, daß den Arbeitern die Haut an Händen und Füßen zerfressen wird und auch die Kleidung stark in Mitleidenschaft gezogen wird. Die Arbeiter können es nicht begreifen, daß die Verwaltung, welche nur einen Tagelohn von 2,25 Mk bis 2,50 Mk ihren Arbeitern zahlt und einen Ueberschuß von über 800000 Mk im vergangenen Jahre erzielte, nicht in der Lage sein sollte, für ausreichende Schutzvorrichtungen zu sorgen. Sodann wurde über das Akkordsystem gesprochen, um dessen Beseitigung die Arbeiter wiederholt vorstellig geworden sind. Bemerkt wurde, daß die Verwaltung bei Ausführung der Arbeiten im Tagelohn mehr Lohn zahlen müßte. Aber die Verwaltung sollte sich an dieser Ersparniß an Arbeitslohn durch das Akkordsystem genügen lassen und nicht die Arbeiter, wenn sie fast die ganze Nacht anstrengend an ihrem Akkord gearbeitet haben und nun im Laufe des Tages mit ihrer Arbeit fertig werden, noch zu anderen Arbeiten auf Stundenlohn kommandiren. Arbeitslose, welche gern bereit sind Geld zu verdienen, giebt es genug, wenn die Verwaltung keine Arbeitsleute bekommt, so liegt es nur daran, daß der Lohn, welcher gezahlt wird, in keinem Verhältniß zu der anstrengenden Arbeit steht. Zum Beweise hierfür wurde angeführt, daß bei der Heutlieferung, welche der Lieferant bis in die Bodenluke befördern lassen muß, die Arbeiter des Lieferanten bedeutend besser entlohnt werden als die Arbeiter, welche von der Verwaltung angestellt werden, das Heu auf dem Boden zu bringen. Dabei muß diese Arbeit in der drückend heißen Bodenluft ausgeführt werden. Die Arbeiter erhalten hierfür einen Tagelohn von 2,75 Mk. Da ist es denn nur zu erklärlich, wenn die von der Verwaltung angenommenen Leute oft schon nach ein paar Stunden die Arbeit niederlegen, aber unbedingt ist es nicht zu billigen, wenn die schon durch überaus anstrengende Akkordarbeit erschöpften Viehhofs-Arbeiter nach Fertigstellung dieser, nur um Arbeitslohn zu sparen, gezwungen werden, oben genannte Arbeiten auszuführen.

Die Versammelten nahmen deshalb eine Resolution an, in welcher Herr Direktor Hausburg um Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse gebeten wird, ferner eine in der Versammlung gewählte Deputation zu empfangen, welche die gerügten Mißstände mündlich dem Herrn Direktor vortragen soll.

Magdeburg. In der Mitglieder-Versammlung vom 27. April wurden folgende Kollegen in den Vorstand gewählt: Heier, Staude und Timpel. Der Kassirer gab darauf die Abrechnung, welche für richtig befunden und demselben daher Decharge ertheilt wurde. Ferner beschloß man noch, einen Vergnügungs-Ausflug zu machen und wurden die Kollegen Kuhnke, Kluth, Stein, Büttner und Krüger mit dem Arrangement desselben betraut.

Zur Aufnahme neuer Mitglieder sind außer den bereits bekannt gegebenen Personen auch noch die Kollegen W. Stein, Neustädterstr. 35 und E. Goedecke, Heinrichstraße, bereit. Der Kollege Förster hat sein Amt niedergelegt.

Rundschau.

Der Verband deutscher Buchdrucker, der bestorganisirte Arbeiterberufsverein in Deutschland, zählt nach dem kürzlich herausgegebenen Jahresbericht des Hauptvorstandes für 1898/99 (vom 1. April 1898 bis 31. März 1899) 26 377 steuernde Mitglieder gegen 24 376 im Vorjahr, die sich auf 960 Druckorte (im Vorjahr 899) vertheilten. Die Kassenverhältnisse des Verbandes bezeichnet der Bericht als „hocherfreuliche". Der Kassenbestand betrug am 31. März d. J. 2 106 822 Mk. Das Verbandsvermögen habe sich seit 1896 in der Hauptkasse um 902 681 Mark vermehrt und betrage mit dem Vermögen der Zentral-Invalidenkasse i. L. 2 876 188 Mk. (Die Zentral-Invalidenkasse befindet sich in Liquidation; die Unterstützung der neuangemeldeten Invaliden wird aus der Hauptkasse geleistet.) Hinzuzurechnen sei noch das Vermögen der Gau- und Bezirkskassen, so daß etwa 3 200 000 Mk. dem Verbande zur Verfügung ständen, für die er allerdings auch weitgehende und dauernde Unterstützungsansprüche zu garantiren habe. Der Buchdruckerverband ist demnach die reichste deutsche Gewerkschaft. An Reiseunterstützung wurden im vergangenen Geschäftsjahr gezahlt 115 177 Mk., an Arbeitslosenunterstützung 141 688 Mk., an Umzugskosten 49 154 Mk., an Kranke 372 138 Mk., an Invaliden 67 949 Mk., an Sterbegeldern 19 197 Mk. An Verwaltungskosten, Beiträgen für die Hamburger Generalkommission, das internationale Sekretariat ꝛc. wurden 76 225 Mk. ausgegeben. Das Verbandsorgan, der „Korrespondent" (Auflage 14 250), ergab 6418 Mk. Ueberschuß. Der Bericht bespricht u. A. auch die Erfolge auf dem Tarifgebiet. Dem Tarifamt spricht der Bericht Anerkennung aus und betont die sozialpolitische Bedeutung der Tarifinstitution. Auch wird die fortschreitende Verallgemeinerung des Tarifs auf ziffernmäßiger Grundlage hervorgehoben. Der „Korrespondent" hebt im Anschluß an den Jahresbericht hervor, daß die Organisation in den letzten drei Jahren auf Erfolge zurückblicken könne, wie sie in früheren Zeiten für den gleichen Zeitraum noch niemals beschieden waren, obwohl noch zu keiner Zeit die Verhältnisse für die Organisation auch nur im Entferntesten so schwierige und eigenartige gewesen seien, als dies in den letzten Jahren der Fall gewesen sei.

— Der Direktor der Schlesischen A.-G. für Bergbau- und Zinkhüttenbetrieb (Lipine) glaubte wohl im Interesse der Aktionäre zu handeln, wenn er Untersuchungen anstellte, wie viel ein Arbeiter zur Erhaltung einer dreiköpfigen Familie nöthig hat. Die Gesellschaft hatte in den Jahren 1897 und 1898 5 130 000 bezw. über 6 000 000 Mk. Gewinn, die Aktionäre steckten 15 bezw. 18 pCt. Dividende, Vorstand und Aufsichtsrath 350 000 bezw. 420 000 Mk. für ihre „Arbeit" ein. Da nun der Direktor ausgerechnet hat, daß ein Arbeiter mit Frau und Kind nicht mehr als monatlich 34,70 Mk. braucht, so sollen wahrscheinlich besagte Abfindungssummen auf Kosten der Arbeiter noch um ein Erkleckliches erhöht werden.

Todes-Anzeige.

Filiale I. (Gasarbeiter, Danzigerstraße).

Unser Mitglied und Kollege

Gottlieb Laube

verstarb am 11. d. Mts. im Krankenhaus Friedrichshain infolge eines Unfalles, den er sich am Tage vorher infolge eines Fehltrittes zuzog.

Ehre seinem Andenken! Die Ortsverwaltung

Jeder Arbeiter, jeder Handwerker

sollte zur Arbeit

die **Lederhose Herkules** tragen. Geetzl. Schutz angem Allein. Verkauf. Sehr starke Waare in praktischen grauen und braunen Streifen. Hinten und vorn am Bund aus einem Stück gearbeitet. Nietknöpfe u. Kappnähte. Feste Leder-Pilot-Taschen, die Hose **4 Mk. 50** (bei Entnahme von 6 Stück 26 Mk.)

Echt indigoblaues Jacket für Maschinisten, Monteure ꝛc. . . . 1 Mk. 90
Echt indigoblaue Hose dito . . . . . 1 Mk. 50
Prima Manchester-Hose . . . . . 8,—, 5 Mk. 50
Gefüttertes Manchester-Jacket . . . . . 13, , 10, –
Maler-Kittel in Leinen-Art . . . . . 2 Mk. 25
Mechaniker-Kittel (braun) . . . . . 2 Mk. 40
Weißes Leder-Jacket, gefüttert, zweireihig . . . 7 Mk. 50
Weiße Leder-Hose, Prima Waare . . . . . 3 Mk. 75

Baer Sohn

En gros Export. En détail.

Berlin SO., Brückenstr. 11. Berlin N., Chausseestr. 24a. Gr. Frankfurterstr. 16.

Die 13. Preisliste über gesammte Herren- und Knaben-Bekleidung wird gratis und franko verschickt.

Versandt von 20 Mk. an franko. — Bei Bestellung genügt Angabe der Brust- und Bundweite und Schrittlänge

Neue Werke für die Hausbibliothek.

Das Deutsche Volkstum.

Unter Mitarbeit hervorragender Fachmänner herausgegeben von Dr. Hans Meyer. Mit 30 Tafeln in Farbendruck, Holzschnitt und Kupferätzung. In Halbleder gebunden 15 Mark oder in 13 Lieferungen zu je 1 Mark.

Geschichte der Deutschen Litteratur.

Von Professor Dr. Eb. Vogt und Professor Dr. Max Koch. Mit 126 Abbildungen im Text, 25 Tafeln in Farbendruck, Kupferstich und Holzschnitt und 34 Faksimile-Beilagen. In Halbleder gebunden 16 Mark oder in 14 Lieferungen zu je 1 Mark.

Geschichte der Englischen Litteratur.

Von Professor Dr. Richard Wülker. Mit 162 Abbildungen im Text, 25 Tafeln in Farbendruck, Kupferstich und Holzschnitt und 11 Faksimile-Beilagen. In Halbleder gebunden 16 Mark oder in 14 Lieferungen zu je 1 Mark.

Geschichte d. Italienischen Litteratur.

Von Dr. Berthold Wiese und Prof. Dr. Erasmo Percopo. Mit 100 Abbildungen im Text, 30 Tafeln in Farbendruck, Holzschnitt u. Kupferätzung und 8 Faksimile-Beilagen. In Halbleder gebunden 16 Mark oder in 14 Lieferungen zu je 1 Mark.

Das Weltgebäude.

Eine gemeinverständliche Himmelskunde. Von Dr. M. Wilhelm Meyer. Mit 287 Abbildungen im Text, 10 Karten und 31 Tafeln in Heliogravüre, Holzschnitt und Farbendruck. In Halbleder gebunden 16 Mark oder in 14 Lieferungen zu je 1 Mark.

Meyers Kleines Konversations-Lexikon.

Sechste, gänzlich umgearbeitete und vermehrte Auflage. Mehr als 80,000 Artikel und Nachweise auf 2700 Seiten Text mit etwa 165 Illustrationstafeln, darunter 26 Farbendrucktafeln und 56 Karten und Pläne und ca. 100 Textbeilagen. 3 Bände in Halbleder gebunden zu je 10 Mk. oder in 80 Lieferungen zu je 30 Pf. (Im Erscheinen.)

Prospekte gratis. Probehefte stehen zur Ansicht zu Diensten.

Verlag des Bibliographischen Instituts in Leipzig.

Verantw. Redakteur: Br. Poersch, Berlin, Gleditschstraße 49.
Druck: Maurer & Dimmick, Berlin S., Louisen-Ufer 11.

Beilage zu „Die Gewerkschaft“.

Nr. 10. | Berlin, 22. Mai 1899. | 3. Jahrg.

Meine Agitationstour.

(Schluß.)

Die nächste Versammlung fand am 3. Mai in Gaisburg bei Stuttgart statt. In Stuttgart besitzen wir bekanntlich eine Filiale, die sich namentlich aus Arbeitern des dortigen Gaswerks zusammensetzt. Das Stuttgarter Gaswerk ist bisher nicht Gemeindeeigenthum, sondern gehört einer Privat-Gesellschaft. Diese Gasfabrik wird jedoch in kurzer Zeit Eigenthum der Stuttgarter Stadtgemeinde. Wenn die Versammlung auch gerade nicht besonders gut besucht war, so konnte ihr Verlauf doch befriedigend genannt werden. Unsere Stuttgarter Mitglieder haben in betreff der Versammlungen mit der Schwierigkeit zu kämpfen, daß im Stuttgarter Gaswerk der Schichtwechsel um 12 Uhr Nachts vorgenommen wird. Unter diesem Umstand leidet natürlich der Besuch der Versammlungen.

Am folgenden Tage fand in Stuttgart selbst eine Versammlung statt, die namentlich für die Arbeiter der Stuttgarter Gemeinde arrangirt worden war. Die Stuttgarter Gemeindearbeiter gehören bisher nicht unserer Organisation an, besitzen jedoch eine ganz ansehnliche lokale Vereinigung. Dieselbe soll 300 Mitglieder aufzuweisen haben. Wenn es auch nicht gelang die lokale Vereinigung sofort zum Anschluß an unseren Verband zu bewegen, so ist doch immerhin die Versammlung nicht umsonst gewesen. Die Leiter der lokalen Stuttgarter Vereinigung erklärten, daß sie persönlich auf dem Standpunkt der zentralen Organisation stehen und auch in diesem Sinne innerhalb ihrer Vereinigung wirken wollen. Wenn sie jedoch von einem sofortigen Anschluß an den Verband Abstand nahmen, so geschehe es aus folgenden Gründen: Ihre lokale Organisation sei noch sehr jung, den meisten Mitgliedern fehle daher die Ueberzeugung und bei dem sofortigen Anschluß sei zu befürchten, daß viele Mitglieder diesen Schritt nicht mitmachen würden und dadurch die heute schon geschaffene Einigkeit in die Brüche gehe. Gewiß haben diese Einwände gegen den sofortigen Anschluß immer etwas für sich. Hoffen wollen wir, daß die Leitung der Stuttgarter lokalen Vereinigung bestrebt sein wird, innerhalb ihrer Kreise ein größeres Verständniß für den Verband zu schaffen und in nicht allzu ferner Zeit der Anschluß erfolgt.

In Pforzheim fand am 4. Mai eine Versammlung statt. Hier hatten wir schon einmal eine Filiale, die jedoch so gut wie zu Grunde gegangen war. Die Versammlung hatte sich eines erheblich besseren Besuches zu erfreuen, als man hoffte und zeitigte auch ein gutes Resultat, indem eine größere Zahl der Anwesenden wieder ihren Beitritt erklärte. Hoffentlich halten nun auch unsere Pforzheimer Kollegen fest und schaffen eine gute Filiale. Wenn nur der Wille vorhanden ist, dann wird das auch möglich sein.

In Karlsruhe tagte am 5. Mai eine gut besuchte Versammlung. In derselben faßte man einstimmig den Beschluß, eine Filiale für Karlsruhe in's Leben zu rufen.

In Mannheim fand am Sonnabend, den 6. und am Sonntag, den 7. Mai je eine Versammlung statt. Hier besitzen wir bekanntlich seit 1897 2 Filialen, die nicht zu den schlechtesten des Verbandes gehören. Eine weitere 3. Filiale für die Arbeiter des Tiefbauamts ist kürzlich gegründet worden.

In Ludwigshafen a. Rh., wo wir gleichfalls eine Filiale haben, tagte am Sonntag, den 7. Mai, Nachmittags, eine Versammlung. Dieselbe war befriedigend besucht.

Am 8. Mai wurde in Frankfurt a. M. der 3. Kongreß der deutschen Gewerkschaften eröffnet. Der Bericht desselben ist an anderer Stelle zu finden.

In Darmstadt fand am 9. Mai eine Versammlung statt. Hier besaßen wir gleichfalls schon im vergangenen Jahre eine Filiale. Durch die Kündigung eines Laternen-Anzünders, welcher nur einige Worte in der Versammlung gesprochen hatte und das Auftreten des Gasdirektors gegen den Verband, war dieselbe wieder von der Bildfläche verschwunden. In der letzten Zeit traten jedoch wieder einige Kollegen dem Verbande bei. Die Versammlung war den Verhältnissen entsprechend ausreichend besucht und da einige ganz tüchtige Kräfte am Orte sind, wird die Filiale jetzt hoffentlich von Bestand sein.

In Mainz tagte am 10. Mai ferner eine sehr gut besuchte Versammlung. Mainz ist jetzt wohl unsere beste Filiale. 60 pCt der gesammten städtischen Arbeiter sind organisirt. Fahren die Mainzer Kollegen so fort zu arbeiten wie bisher, dann werden zu den Erfolgen, welche sie jetzt schon erzielt haben, gewiß noch weitere hinzukommen.

In Braunschweig sollte am 16. Mai eine Versammlung stattfinden. Das Kartell unterließ es jedoch, dieselbe zu arrangiren, da unter den städtischen Arbeitern „vorläufig doch nichts zu machen wäre!“

Jedenfalls ist es Thatsache, daß Kartelle, welche mit solchen nichtigen Gründen es ablehnen Organisationsversuche unter indifferenten Arbeitern zu machen, ihre wirklichen Aufgaben noch nicht begriffen haben. Doch wir wollen jede weitere Kritik hierüber unterlassen, da auf dem Gewerkschaftskongreß schon genügend Klagen über die Nachlässigkeit vieler Kartelle erhoben wurden.

Wenn wir nun noch zu den Resultaten der ersten größeren Agitationstour kommen, so müssen dieselben als befriedigend bezeichnet werden. In Leipzig, Halle a. d. S. und Karlsruhe sind neue Filialen gegründet worden. Dresden wird wahrscheinlich seine lokale Organisation auflösen und sich uns anschließen. In Pforzheim und Darmstadt kam durch die Versammlungen wieder etwas neues Leben hinein und an den Orten, wo wir bereits Anhang besaßen, wirkten sie gleichfalls nur nutzbringend.

Br. Poersch.

Aus unserem Beruf.

Berlin. Die Bewegung unter den hiesigen Gasanstalts-Arbeitern macht erfreulicher Weise immer mehr Fortschritte. In der IV. Anstalt besaßen wir bis vor Kurzem so gut wie keinen Anhang. In den letzten Wochen sind nun an 100 Mann aus dieser Anstalt dem Verbande beigetreten. Dieselben haben eine eigene Filiale gegründet und folgende Kollegen mit der Leitung derselben beauftragt. Vorsitzender R. Kroll, Kassirer C. Stüber, Schriftführer F. Gipp und Beisitzer G. Iden und O. Schulz.

Berlin. Die Arbeiter des städtischen Holz- und Kohlenplatzes haben folgende Forderung betreffs ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen dem Verwalter dieses städtischen Unternehmens unterbreitet:

Akkordarbeiter des Platzes. Pro Zentner Auf- und Abladen 1 Pf. Austragen vom Kahn auf den Wagen 2½ Pf. pro Zentner. Austragen vom Kahn auf Lager 3 Pf. pro Zentner.

Lohnarbeiter des Platzes. Der Tagelohn soll für diejenigen Arbeiter, die heute 3 Mk. erhalten, auf 3,75, für diejenigen, die gegenwärtig 3,50 bekommen, auf 4 Mk. erhöht werden. Die Einschipper sollen 4,50 Mk. erhalten.

Arbeiter der Stadtkolonnen. Holz pro Meter 60 Pf., von der Straße pro Meter 75 Pf., von der Straße nach dem Boden pro Meter 1 Mk.

Kohlen 5 Pf. pro Zentner. Von der Straße 7 Pf. pro Zentner.

Preßkohlen von dem Hof nach dem Keller 8 Pf.
„ der Straße „ „ „ 10 „
„ „ „ „ „ Boden 12 „

Arbeitszeit. Dieselbe ist so zu regeln, daß sie spätestens um 7 Uhr Abends beendet sein muß.

Herr Bürgermeister Kirschner und unsere Organisation. Viele untere und mittlere Beamte der Stadt Berlin sind noch immer der Ansicht, daß die städtischen Arbeiter ein Verbrechen begehen, wenn sie unserem Verbande angehören. Sie glauben besonders, im Sinne der oberen Behörden der Stadt zu handeln, wenn sie gegen die Organisation auftreten. Daß die Herren jedoch in dieser Beziehung eine ganz falsche Ansicht besitzen, beweist ein Schreiben des Oberhauptes der Stadt Berlin. Herr Bürgermeister Kirschner hat dem Bureau der am 20. Februar stattgefundenen Versammlung der städtischen Arbeiter den Bescheid zugehen lassen,

daß **Eingriffe in die den Arbeitern zustehenden gesetzlichen Rechte der beruflichen Vereinigung resp. der Unterbreitung gemeinsamer Petitionen nie von den oberen städtischen Behörden zu erwarten sind.** — Hoffentlich werden die unteren und mittleren Organe der Stadt jetzt einsehen, daß die obere Leitung von Berlin nichts gegen die Organisation ihrer Arbeiter einzuwenden hat, sondern ausdrücklich das Recht auf Organisation anerkennt. Treten sie also gegen den Verband auf, so handeln sie wider den Willen ihrer höchsten vorgesetzten Behörde.

Unsere Berliner Mitglieder werden gut thun, wenn sie den Bescheid des Bürgermeisters Kirschner in betreff der Organisation auf irgend eine Art ihren Vorgesetzten bekannt geben.

Sein wahrer Charakter. Mit dem Betriebsingenieur Anklamm von dem sechsten Berliner Wasserwerk haben wir bekanntlich in der letzten Zeit wiederholt in Differenzen gelegen. Dieser Herr soll es nun jetzt belieben, sich überall als das unschuldigste Lämmchen und großer Arbeiterfreund hinzustellen. Alle Anschuldigungen, die man gegen ihn gerichtet habe, seien aus der Luft gegriffen und das Werk der Aufwiegeler und Aufhetzer. Sonderbar dabei ist nur, daß Herr Anklamm bisher keine gerichtlichen Schritte gegen die Personen unternommen hat, die ihn fortgesetzt öffentlich „verleumden"!

Daß Herr Anklamm aber garnicht jener Arbeiterfreund ist, für den er sich jetzt ausgiebt, dieses wird wieder durch eine Handlungsweise bewiesen, die ihn in seiner ganzen nakten Gestalt zeigt.

Auf die vorjährige Petition der organisirten Wasserwerks-Arbeiter antwortete Herr Direktor Beer, daß Lohnzulagen gemacht und die Höhe der Löhne nach dem Dienstalter festgesetzt werden soll.

Auf dem sechsten Werk, welches Herr Anklamm vorsteht, giebt es nun Arbeiter, die früher bereits längere Jahre auf anderen Berliner städtischen Wasserwerken thätig waren und dann nach dem sechsten Werk kamen. Diese nahmen an, daß ihnen — was eigentlich ganz selbstverständlich ist — bei der Lohnregelung diese Dienstjahre mit angerechnet würden. Sie hatten jedoch ihre Rechnung ohne Herrn Anklamm gemacht. Dieser erklärte nämlich, daß die Zeit, welche sie auf anderen Werken gearbeitet hätten, nicht mitgerechnet werde!

Wir fragen: Sind Herrn Anklamm etwa jene Jahre, die er dem Tegeler Werk vorstand, nicht bei seiner Gehaltshöhe mitgerechnet worden?! Hoffentlich wird die Direktion Herrn Anklamm Anweisungen zugehen lassen, daß den Arbeitern, welche früher auf anderen Werken thätig waren, diese Zeit bei ihrem Dienstalter mitzurechnen ist.

Graz (Oesterreich) Die Gemeinde und ihre Arbeiter. Am 30. April fand eine Gemeindearbeiterversammlung beim „Schöckelbauer" statt mit der Tagesordnung: „Die Antwort der Gemeindevertretung und Beschlußfassung hierzu." Nach dem beifällig aufgenommenen Referat des Gen. Muchitsch wurde folgende Resolution angenommen:

„Die am 30. April 1899 im Gasthause „Zum Schöckelbauer" tagende freie Gemeindearbeiterversammlung nimmt es mit Bedauern zur Kenntniß, daß es die Gemeindevertretung nicht der Mühe werth gefunden hat, auf die vom 16. April eingebrachte Resolution zu antworten. Sie erblickt darin eine Mißachtung der Gemeindearbeiter und gleichzeitig die Absicht, die so billige und gerechte Forderung auf Erhöhung des Lohnes nicht zu bewilligen. Die Versammlung fordert daher nochmals energisch die Bewilligung ihrer Forderung, einen höheren Lohn, und erklärt, nicht eher von dieser Forderung abzustehen, bis sie bewilligt ist. Gleichzeitig beschließt die Versammlung, an der Feier des 1. Mai durch Arbeitsruhe unbedingt festzuhalten, um dadurch gegen die wirthschaftliche und politische Unterdrückung des arbeitenden Volkes zu protestiren, wozu insbesondere die Grazer Gemeindearbeiter alle Ursache haben. Zur Erreichung ihrer Ziele bezeichnet die Versammlung eine gute Organisation der Arbeiter und beschließen daher die Versammelten, dem Tagarbeitervereine in Graz beizutreten."

Literarisches.

Die **Sozialistischen Monatshefte** (Verlag: Berlin W., Gleditschstraße 23) haben soeben das vierte Heft ihres V. Jahrgangs erscheinen lassen. Aus dem Inhalt desselben heben wir hervor: Paul Kampffmeyer: Bernstein der „Kleinbürger". — Dr. Ladislaus Gumplowicz: Bernstein und der Sozialismus. — Dr. Alfred Nossig: Kautsky's Werk über die Agrarfrage. — Gertrud David: Die Bedeutung der Konsumgenossenschaft für die wirthschaftliche Entwickelung. — Heinrich Kauffmann: Von unten auf! — Julian Borchardt: Ueber Zweck und Methode der Geschichtswissenschaft vom sozialistischen Standpunkt. — Heinrich Mährer: Oesterreich im Jahre 2000. — Rundschau: Bücher-Revuen. — Der Preis des elegant ausgestatteten Heftes beträgt 50 Pfg., pro Quartal 1,50 Mk. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen, Kolporteure und Postanstalten (Post-Ztgs.-Katalog Nr. 7075), ferner direkt durch die Expedition, Gleditschstraße 23, Berlin W.

Briefkasten.

Berlin II. Die Mittheilung in betreff der Mai-Versammlung konnte nicht in der vorigen Nummer gebracht werden, da sie zu spät eintraf.

Achtung, Gasanstaltsarbeiter Danziger-straße, Berlin.

Dienstag, den 30 Mai und am 6. Juni finden Versammlungen bei Schneider, Belfortersträße 15 statt. Wir ersuchen die Kollegen, zahlreich erscheinen zu wollen.

Der Vorstand.

Achtung, Laternen-Anzünder Berlins!

Freitag, den 16. Juni, Vormittags 11 Uhr, bei Stechert, Andreasstraße 21, General-Versammlung Es ist der Vorstand neu zu wählen, weshalb wir um zahlreiches Erscheinen bitten.

Der Vorstand.

Achtung, Markthallen-Arbeiter Berlins!

Einige Mitglieder sind mit ihren Beiträgen immer im Rückstande. Wir bitten im Interesse unserer Sache, doch die Beiträge regelmäßig zahlen zu wollen.

Der Vorstand.

Versammlungs-Anzeiger.

Filialen, die ihre Versammlungen unter dieser Rubrik bekannt geben wollen, müssen dieserhalb Mittheilung an die Redaktion machen. Jede Aenderung ist gleichfalls schriftlich mitzutheilen.

Berlin I. (Anstalt Müllerstraße) Montag, den 5. Juni, Abends 8 Uhr, Pasewalkerstr. 3.

Berlin II. (Kanalisations-Arbeiter). Jeden Sonntag nach dem 15. des Monats bei Mörschel, Jüdenstraße 35/36, Abends 7 Uhr.

Berlin III. (Wasserwerks-Arbeiter). Den 15. jeden Monats bei Buske, Grenadierstr. 33, Abends 8 Uhr.

Berlin IV (Desinfektore). Alle Mittwoch nach dem 1. jeden Monats bei Wildgrube, Muskauerstr. 31c, Abends 8½ Uhr.

Berlin V. (Markthallen-Arbeiter). Jeden Sonntag nach dem 15. des Monats bei Lange, Dragonerstr. 16, Nachmittags 5½ Uhr.

Berlin VII. (Schlacht- und Viehhofs-Arbeiter). Dienstag, nach dem 1., Abends 7 Uhr, Frankfurter Allee 174.

Berlin VIII. (Arbeiter des städtischen Kohlenplatzes). Mittwoch nach dem 15., Schillingsbrücke 1.

Charlottenburg. Donnerstag, den 8. Juni, Abends 8 Uhr, bei Beyer, Wallstraße 94.

Friedrichshagen. Sonntag, den 4. Juni, Abends 7 Uhr, Seestraße 99.

Lichtenberg. Jeden Mittwoch nach dem 20. des Monats im „Fürsten Wolfgang".

Königsberg i. Pr. Jeden 1. Montag im Monat, Abends 7½ Uhr in der Phönixhalle.

Magdeburg.

Mannheim II. Jeden 2. und 4. Freitag im Monat, 6½ Uhr Abends bei Bögelen, H. 4. 8.

Pforzheim. Jeden 1. und 2. Mittwoch im Monat Mitgliederversammlung im „Goldenen Löwen."

Stuttgart I. Jeden 1. und 2. Sonntag im Monat, 2 Uhr Nachmittags, zum „Stern".

Stuttgart II. Jeden 2. Montag im Monat, Abends 9 Uhr, im „Gewerkschaftshaus".

Verantw. Redakteur: Bruno Pörsch, Berlin, Gleditschstr. 49.
Druck von Maurer & Dimmick, Berlin S., Louisen-Ufer 11.